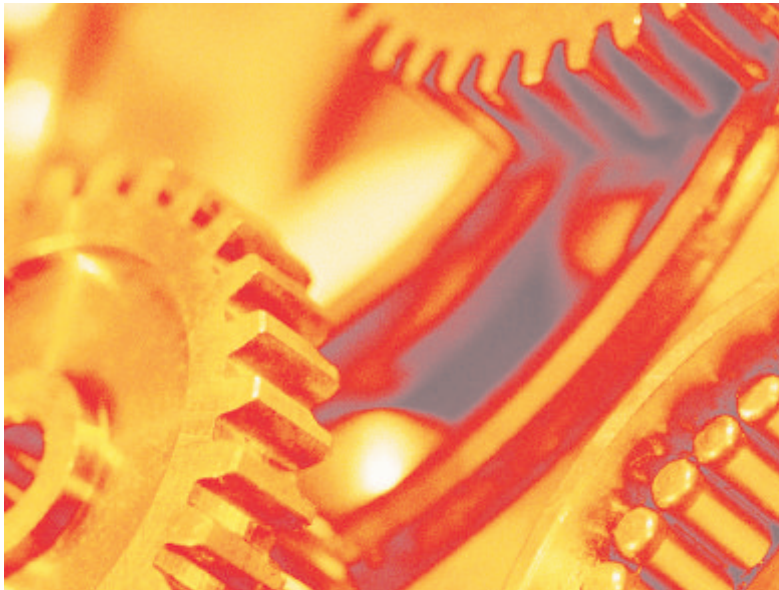


## Wirtschaft

## Notiz Block



## Sichere Produkte aus China

Fast die Hälfte aller beanstandeten Verbraucherprodukte in der EU stammt aus China. Darunter sind Spielzeug, Elektrogeräte und Kosmetika. Neuerdings auch Zahnpasta, die einen giftigen Stoff aus Frostschutzmitteln enthalten haben soll. China will nach Angaben der EU-Kommission Verbraucherprodukte, die in großen Mengen auf den EU-Markt kommen, sicherer machen. Im Oktober 2007 wolle Chinas Regierung der EU dazu einen Bericht vorlegen, erklärte EU-Verbraucherkommissarin Meglena Kuneva nach einem Treffen mit Regierungsvertretern in Peking. Detailliert will China darlegen, wie es gegen gefährliche Produktfälschungen vorgehe und was bei Produktwarnungen aus Europa unternommen werde.

## Schwarzmarkt für Lückeninformation

Wehe dem, der öffentlich einbekennen muss, dass sein Unternehmensnetz von außen geknackt wurde oder dass einfach nur ein Computerprogramm eine Sicherheitslücke aufweist. Professionelle Software-Experten bieten Herstellern, deren Software über eine Sicherheitslücke verfügt, nun ihre Dienste an. Mit einem Dankeschön begnügen sich die Programmierer nicht mehr – sie wollen Bares gegen ihre Informationen. Je nach Schwere der Sicherheitslücke sollen Unternehmen bereit sein, mehrere Hunderttausend US-Dollar für derartige Informationen zu bezahlen. Denn: Ein Schwarzmarkt für Informationen von Sicherheitslücken über Programme von Microsoft, Cisco Systems und anderen Herstellern existiert schon länger. Wer im Besitz der Information ist, kann etwa in Computernetzwerke einbrechen, Informationen stehlen oder fremde Computer für andere Zwecke nutzen. Das Sicherheitsunternehmen I-Defense, das inzwischen zu

Verisign gehört, hat vor rund fünf Jahren ein Programm gestartet, bei dem Forscher für Hinweise auf derartige Lücken bezahlt werden. Tipping Point von 3-Com folgte mit einem ähnlichen Ansatz. Beide arbeiten mit den Software-Herstellern zusammen, um eine Lösung zu finden, bevor die Lücke publik gemacht wird.

## Wachstum geht an Bevölkerung vorbei

Eine boomende Ökonomie ist noch lange kein Garant dafür, dass das erwirtschaftete Vermögen auch bei denen landet, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Das gilt insbesondere für die beiden Staaten China und Indien. Im Vergleich zu den anderen 23 Ländern in Südostasien wachsen die Volkswirtschaften beider Staaten überdurchschnittlich, während der Pro-Kopf-Konsum weiter gesunken ist, lautet das Studienergebnis der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) mit Sitz in Manila. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lag im vergangenen Jahr in Südostasien demnach bei 8,8 Prozent. In Indien lag die Rate bei 9,4 Prozent, in China sogar bei fast elf Prozent. China und Indien trugen gemeinsam fast zwei Drittel zum BIP der 23 südostasiatischen Länder bei. Anstatt die oberen Ränge bezüglich Lebensstandard zu belegen, sind China und Indien aber auf Platz 15 und 17 zurückgefallen. Grundlage für das Ranking bildet der Konsum pro Haushalt, der auch die staatlichen Ausgaben pro Haushalt für Bereiche wie Bildung und Gesundheit beinhaltet. Die ersten fünf Plätze im Hinblick auf den Lebensstandard belegen Hongkong, Taiwan und Singapur sowie Brunei und Macao. „Es besteht die Sorge, dass das Wachstum die Armut nicht wirklich reduziert“, heißt es in der Studie. Die ADB fordert daher öffentliche Investitionen und institutionelle Reformen. *APA/red*

## Die Kraft der feinen Klauseln

Wer glaubt, er sei mit einer Standard-Rechtsschutzversicherung vor Anwaltskosten und gerichtlichen Aufwendungen geschützt, erlebt oft sein blaues Wunder: Klauseln können heimtückisch sein.

Antonio Malony

Die Werbung ist das eine, die Realität das andere. Bei wenigen anderen Versicherungsprodukten sind Vertragsbedingungen so vertrackt wie bei einer Rechtsschutzversicherung. Für Konsumenten heißt das: Das einfache Prinzip, eine Rechtsschutzversicherung abzuschließen und dann in vorbestimmtem Umfang vor Prozess- und Gutachterkosten sowie Anwaltsgebühren gefeit zu sein, ist ein reines Glücksspiel.

Diese Ansicht wird auch unter Rechtsanwältinnen geteilt: Markus B., Anwalt in einer Wiener Sozietät mit den Schwerpunkten Immobilien- und Wirtschaftsrecht, der aber aus Gründen der Beziehungspflege zu den Versicherern „lieber nicht“ genannt werden will, rät seinen Mandanten gleich vorneweg ab, sich auf die Deckungen der Rechtsschutzversicherungen zu verlassen: „Man findet sich schon als Anwalt nicht mehr im Dickicht der Vertragsbedingungen zurecht. Wie soll das erst dem Klienten möglich sein?“

In der Tat lässt sich das anhand der Detailbedingungen eines Uniqa-Rechtsschutzes ablesen. Allein das Beiblatt zur Polizza umfasst mehr als 40 Seiten Kleingedrucktes. Bei

genauem Studium ist zu erkennen, dass verschiedene Versicherungsbedingungen so abgefasst sind, dass sie einander gegenseitig ausschließen. Umfasst etwa ein Paragraph Rechtsschutz für Miet- und Wohnangelegenheiten, heißt es in einem anderen, dass sämtliche Streitigkeiten „in Zusammenhang mit dem Erwerb einer Wohnung“ vom Schutz ausgeschlossen sind. Wird in einer Bedingung noch „umfassender Prozessschutz“ gewährt, gilt dies wiederum für andere Bereiche nicht. Ähnliche Konstruktionen gibt es auch für den Schadenersatzrechtsschutz; im Familienrechtsschutz sind zum Beispiel Scheidungsfälle dezidiert ausgenommen.

## Nichts ist vollkommen

Wie harmonisiert das mit den Werbesprüchen à la „Mit unserem Rechtsschutz können Sie getrost Ihre rechtlichen Interessen wahren, ohne gleich an die Kosten zu denken?“ oder „Mit der Versicherungssumme können auch kostenintensive Prozesse geführt werden?“

Anwalt B. meint, dass man auf die Rechtsschutzversicherung auch gut und gerne verzichten könne, es sei denn, man wolle gegen Standardprobleme abgesichert sein, etwa im Falle

eines Berufungsverfahrens wegen Schnellfahrens oder bei Gewährleistungstreitigkeiten mit Handwerkern. Sobald es komplizierter und aufwendiger werde, schalte die Versicherung meistens auf stur und vergrabe sich in den Vertragsbedingungen.

Die Sachbearbeiter der Versicherungen sehen das naturgemäß anders: „Es gibt eben keinen vollkommenen Rechtsschutz“, heißt es. Da das Rechtssystem hochkomplex sei, müssten eben auch die Bedingungen der Versicherungen darauf abgestimmt sein. Was dazu führt, dass Anfragen zur Kostenübernahme überwiegend vorsorglich abgeschmettert werden, meist mit der Formel: „Gemäß Art. soundso der ARB besteht Versicherungsschutz nur insoweit ..., wir können daher keinen Versicherungsschutz gewähren und bitten um Verständnis.“ Wer sich die Zeit nimmt, die ARB (Allgemeine Rechtsschutzbedingungen) genau zu studieren, wird schnell auf die oben angeführten wechselseitigen Ausschlussbedingungen stoßen. Mit etwas Hartnäckigkeit und der gebotenen Empörung gelingt es vielleicht, die Versicherung von der Absurdität ihrer Ablehnung zu überzeugen und die Leistung auf dem „Kulanzweg“ abgeboten zu bekommen.

## Zahlenspiel – Sicherheit



• So groß das Angebot für *Sicherheitssoftware* ist, so wenig zu vergleichen sind die Preislisten der Anbieter. Der professionelle Schutz vor Viren, unerwünschter Software (Spyware) sowie eine virtuelle Schutzmauer (Firewall) kosten zwischen 28,56 und 46,91 Euro pro Computer. Wer es billiger haben will, bekommt Freeware gratis aus dem Internet.

• Das Geschäft ist Unternehmen gelegentlich viel *Schmiergeld* wert. Die Weltbank schätzt, dass eine Billion US-Dollar (746 Mrd. Euro) pro Jahr für Bestechungsgelder bezahlt wird.



• Um die Sicherheit für US-Soldaten im Kampfeinsatz zu verbessern, veranstaltet das US-Verteidigungsministerium einen Wettbewerb. Gesucht wird ein *Energiesystem*, das im Kampfanzug eingebaut vier Tage lang ununterbrochen 20 Watt Leistung mit einer Spitzenbelastung bis 200 Watt liefert und höchstens vier Kilo wiegt. Die beste Idee wird mit einer Mio. US-Dollar prämiert, 500.000 und 250.000 US-Dollar bekommen die Tüftler auf Rang zwei und drei.

• Zwei Mrd. Euro kostet ein *Flugzeugträger*, den Frankreich und Großbritannien gemein-

sam bauen wollen, um die „europäische Verteidigung“ zu sichern. Für Frankreich wäre dies der zweite Flugzeugträger.

• 2,2 Mrd. Euro bekommt Österreichs *Verteidigungsminister* Norbert Darabos aus dem Bundesbudget. Das entspricht einem Plus von 30,4 Prozent gegenüber 2006. Die Ausgaben für die Landesverteidigung belaufen sich auf 3,16 Prozent vom Gesamtbudget.



• 175 US-Dollar (128 Euro) kostet der *Laptop XO*, den Nicholas Negroponte vom Massachusetts Institute of Technology in den USA entwickelt

hat, um den Armen in der Dritten Welt eine Zukunft fürs Lernen zu sichern. Der robuste, gegen Wasser geschützte Computer braucht nur zwei Watt. Per Fußpedal oder über Sonnenkollektoren wird der Akku aufgeladen. Ab 2008 soll der XO 100 US-Dollar kosten.

• 1,5 Mio. Menschen sterben weltweit bei *Verkehrsunfällen*, 50 Mio. werden verletzt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO erwartet eine Zunahme der Opfer um bis zu 65 Prozent bis 2024. Die Gesundheitskosten und die Sachschäden bei Verkehrsunfällen werden auf 376 Mrd. Euro geschätzt. *jake*